Stand: 09.11.2025 21:49:05

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/20809

"Kommunalen Resolutionen Rechnung tragen - Sondergebiet erweitern"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/20809 vom 21.02.2018
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/23831 des KI vom 19.09.2018
- 3. Beschluss des Plenums 17/24152 vom 27.09.2018
- 4. Plenarprotokoll Nr. 140 vom 27.09.2018



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

21.02.2018 Drucksache 17/20809

Antrag

der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld SPD

Kommunalen Resolutionen Rechnung tragen – Sondergebiet erweitern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Resolutionen der Kommunen Gefrees, Goldkronach und Bad Berneck sowie des Landkreises Bayreuth Rechnung zu tragen und die Kulisse der Förderoffensive Nordostbayern mit den eingestellten Haushaltsmitteln sinnvoll zu erweitern.

Begründung:

Das Sonderprogramm "Förderoffensive Nordostbayern" zur Revitalisierung von Stadt- und Ortskernen wird insgesamt unterstützt. Weiterhin ist festgelegt, dass in den Regierungsbezirken Oberfranken und Oberpfalz die Landkreise Kulmbach, Hof, Wunsiedel, Kronach und Tirschenreuth sowie die Stadt Hof Teile der Förderkulisse sind. Durch die Förderoffensive Nordostbayern können Baumaßnahmen zur Revitalisierung, etwa die Modernisierung oder Instandhaltung oder auch der Abbruch von Gebäuden durch den Freistaat, zu 90 Prozent gefördert werden. Jedoch ist durch die landkreisspezifische Zuschneidung der Förderkulisse ein Ungleichgewicht innerhalb der Regierungsbezirke entstanden. Kommunen in Oberfranken, etwa die Städte Goldkronach, Bad Berneck oder Gefrees, die sich am Rand der Förderkulisse befinden, können nicht von der Förderoffensive Nordostbayern profitieren, obwohl sie ähnliche Faktoren aufweisen, wie z. B. einen hohen Bevölkerungsrückgang. Deshalb haben die Städte auf dieses Ungleichgewicht hingewiesen und Resolutionen verabschiedet, in denen sie fordern, die Förderkulisse zu erweitern. Auch der Landkreis Bayreuth hatte im Dezember 2017 eine Resolution verabschiedet mit dem Ziel, die Förderoffensive der Staatsregierung solle auch notleidende Kommunen im Landkreis Bayreuth unterstützen. Ebenfalls hat die Enquete-Kommission "Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern" eine Erweiterung der Förderkulisse befürwortet. Darin heißt es: "Sinnvoll wäre es, das Sonderprogramm für Stadt- und Ortskerne in Nordostbayern nicht nur landkreis-spezifisch auszuschreiben, sondern auch Fördermöglichkeiten für Kommunen mit ebenfalls hohem Bevölkerungsrückgang, die nicht in den geförderten Landkreisen liegen, zu schaffen. Auch bei der Erweiterung des "Raums mit besonderem Handlungsbedarf" wurde so verfahren. Es ist zu prüfen, ob ähnliche Projekte auch in anderen Teilen sinnvoll und nötig wären.



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/23831 19.09.2018

Beschlussempfehlung und **Bericht**

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD Drs. 17/20809

Kommunalen Resolutionen Rechnung tragen -Sondergebiet erweitern

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: Klaus Adelt Mitberichterstatter:

Lerchenfeld

Ludwig Freiherr von

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie und der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen haben den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 96. Sitzung am 27. Juni 2018 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung

FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 86. Sitzung am 5. Juli 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

> CSU: Ablehnung SPD: kein Votum

FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 207. Sitzung am 19. September 2018 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung

SPD: Zustimmung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Manfred Ländner Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.09.2018 Drucksache 17/24152

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures, Susann Biedefeld SPD

Drs. 17/20809, 17/23831

Kommunalen Resolutionen Rechnung tragen – Sondergebiet erweitern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich mit Blick auf die Uhr zum Tagesordnungspunkt 8 zurückkommen:

Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Rabenstein, Klaus Adelt, Inge Aures u. a. (SPD)

Kommunalen Resolutionen Rechnung tragen - Sondergebiet erweitern (Drs. 17/20809)

Hier haben sich die Fraktionen darauf verständigt, auf eine Aussprache zu verzichten. Wir kommen also gleich zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die SPD, die Fraktion der FREIEN WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des Kollegen Muthmann (fraktionslos) ist dieser Antrag abgelehnt.